

Einleitung

Den Anstoß, dieses Buch zu schreiben, hat mir ein junger Mann im Sommer 2020 gegeben. Ich saß an einem Tag, an dem es morgens schon sehr heiß war, im Großraumbüro im ND-Verlagsgebäude am Franz-Mehring-Platz in Berlin-Friedrichshain. Das Telefon klingelte und mein Gesprächspartner, der mit osteuropäischem Akzent sprach, sagte mir, er sei Bulgare, der in Deutschland studiere. Er wollte mit einigen Mitstreitern noch am selben Tag vor der Parteizentrale der CDU eine kleine Demonstration organisieren. Ich fragte nach dem Grund und der junge Mann berichtete mir von den Verflechtungen, die es zwischen den deutschen Unionsparteien, ihren parteinahen Stiftungen und der konservativen bulgarischen Regierungspartei unter Ministerpräsident Bojko Borissow gibt. Die Konservativen aus der Bundesrepublik haben bei der Gründung von Borissows Partei GERB eine wichtige Rolle gespielt und seitdem der Regierung in Sofia unter anderem deutsche Berater mit CDU-Parteibuch zur Seite gestellt. Ich fand das alles sehr interessant und beschloss, zu diesem Thema weitergehend zu recherchieren. Schnell wurde klar, dass es Dimensionen hat, die über einen Zeitungsartikel hinausgehen. Über die spannende Massenprotestbewegung, die sich in dem südosteuropäischen Land seit dem Sommer 2020 gegen Borissow formierte, wurde hierzulande nur wenig berichtet. Viele Menschen forderten den Rücktritt der Regierung, prangerten die grassierende Korruption im Land und die Mafiaherrschaft an. Auch in Deutschland demonstrierten Bulgaren, weitgehend unbemerkt von den hiesigen Medien, mit Spruchbändern und weiß-grün-roten Nationalfahnen unter anderem vor dem Bundeskanzleramt.

Uns ist es beim *Neuen Deutschland* zu diesem Zeitpunkt gelungen, einiges zum Thema Bulgarien auf die Beine zu stellen, mit Interviews, Berichten und Analysen. Ich habe das Land nicht bereist, was auch an der Corona-Pandemie lag. Das vorliegende Buch ist keine Sammlung von Reportagen. Es basiert vielmehr auf der Auswertung zahlreicher Quellen, von denen die meisten deutschsprachig sind. Die parteinahen Think-Tanks von CDU und CSU, Konrad-Adenauer-Stiftung und Hanns-Seidel-Stiftung, schreiben selbst in ihren Länderberichten und Analysen, wer ihre Partner in anderen Staaten sind und wie diese gezielt gefördert werden. Sie liefern Unterstützung bei Parteigründungen und programmatischen Fragen und stellen politische Berater. Ziel dieses Buches ist es, zu zeigen, wie die Unionsparteien auch mit Hilfe ihrer Stiftungen Einfluss auf die Politik anderer Länder nehmen. Sie schrecken auch nicht davor zurück, rechtsradikale Kräfte zu stärken, wenn es ihren Interessen dient. Die bulgarische GERB, die jahrelang mit neofaschistischen Parteien in Bulgarien regierte, ist hierfür nur ein Beispiel.

Ein weiteres ist die Ukraine und das dortige Wirken der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung. Der Think-Tank ist außerdem in Lateinamerika sehr aktiv, unter anderem in Bolivien. Trotz aller Unterschiede gibt es einige Parallelen zwischen dem Putsch gegen den ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch im Jahr 2014 und der Entmachtung seines Amtskollegen Evo Morales in Bolivien gut fünfeinhalb Jahre später. In beiden Fällen waren Politiker, die den Unionsparteien nahestehen, zentrale Figuren, die nach der Flucht der beiden Staatschefs Teil der Regierung wurden und wichtige Ämter besetzten. Auch deswegen werde ich mich neben Bulgarien in jeweils eigenen Kapiteln mit der Ukraine und Bolivien beschäftigen.

Welche Auswirkungen der Kampf um Einfluss durch ausländische Mächte hat, ist in besonders tragischer Weise in der Ukraine sichtbar geworden. Der Krieg im Osten des Landes dauert noch immer an und ist zu einem Symbol dafür geworden, dass militärische

Gewalt in Europa wieder ein Mittel der Politik ist. So schlimm ist es in Bolivien nicht gekommen. Doch hier schwelen zumindest die Konflikte. Die weißen Eliten des Landes haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie den Sozialisten auch mit Gewalt die Macht entreißen wollen. Hilfestellung haben sie dabei aus der Bundesrepublik, von der Europäischen Union und den USA erhalten.

Natürlich wäre es zu einfach, die Ursache für gewaltsame Machtwechsel in Osteuropa und Lateinamerika allein bei ausländischen Mächten zu suchen, die unliebsame Regierungen loswerden wollen. Ihr Einfluss geht nicht so weit, dass sie in anderen Ländern einfach Marionettenregierungen einsetzen könnten. Vielmehr gibt es eigene Dynamiken in den jeweiligen Ländern, Wirtschaftskrisen, Unzufriedenheit mit den Regierungen und miteinander konkurrierende Parteien und Kapitalfraktionen. Den Vorwurf, den man aber den Unionsparteien und ihren Stiftungen machen muss, ist, dass sie in vielen Regionen der Welt als Brandbeschleuniger wirken und ihre Partner nicht nach demokratischen Gesichtspunkten auswählen. Dass der Einfluss ausländischer Mächte nicht unbegrenzt ist, zeigt sich auch daran, dass die Parteien, die auf die Hilfe der Adenauer-Stiftung und der Seidel-Stiftung zählen konnten, von der Bevölkerung wieder abgewählt wurden.

Während sich die Partner der Unionsparteien in der Ukraine und in Bolivien nicht lange an der Macht halten konnten, kann man in Bulgarien beobachten, wie sich ein Land entwickelt, in dem die Rechtskonservativen mehrere Jahre durchregieren können, neo-liberale Reformen durchsetzen und beste Standortbedingungen für das deutsche Kapital schaffen: Ein kleiner Teil der Bevölkerung profitiert davon, darunter auch die gehobenen Mittelschichten. Viele andere Bulgaren müssen für Niedriglöhne schuften, Mitglieder der Roma-Minderheit haben oft gar keine Arbeit und werden aus der Gesellschaft ausgegrenzt. Zudem dient der Balkanstaat als Vorposten gegen russische Einflussnahme und ist ein enger Partner der Bundesrepublik bei der Flüchtlingsabwehr. Bojko Borissow war seit 2009 mit Unterbrechungen als Ministerpräsident im Amt. Ob seine

Tage nach dem schwachen Abschneiden seiner Partei bei der Parlamentswahl im April 2021 gezählt sind, muss sich noch zeigen. Die Lage ist in Bulgarien wegen des zersplitterten Parteienspektrums sehr unübersichtlich.

Dieses Buch liefert nicht auf alles Antworten, sondern lässt auch Fragen offen. Was genau bei Hinterzimmergesprächen zwischen Politikern besprochen wird, bleibt unklar. Aber allein die Tatsache, dass sich beispielsweise Ende des Jahres 2013, kurz vor dem Sturz von Viktor Janukowitsch, ein enger Kreis von deutschen Amtsträgern um den damaligen FDP-Außenminister Guido Westerwelle und Vertreter der Unionsparteien mit dem ukrainischen Politiker und Ex-Boxer Vitali Klitschko zusammengesetzt hat, um über die Zukunft der früheren Sowjetrepublik zu diskutieren, ist als Fakt an sich bereits interessant. Ähnliches lässt sich auch für Bolivien nachweisen. Kurz vor der Präsidentschaftswahl im Herbst 2019, in deren Folge der sozialistische Amtsinhaber Evo Morales wegen angeblicher Wahlfälschung aus dem Land vertrieben wurde, besuchte der spätere Wirtschaftsminister der rechten bolivianischen Putschregierung, Óscar Ortiz, Berlin und war dort unter anderem in der CDU-Parteizentrale zu Gast. Die Gesprächspartner haben ihre gegenseitige Verbundenheit betont.

Neben Antworten auf Anfragen an die Bundesregierung, Texten der politischen Stiftungen, Zeitungsartikeln und wissenschaftlichen Publikationen habe ich auch die Berichte von Menschenrechtsorganisationen ausgewertet, die in Bulgarien, Bolivien und der Ukraine vor Ort recherchiert haben. Ihre Mitarbeiter haben mit den Opfern der rechten Regierungen gesprochen und liefern Hinweise oder auch Belege für schwere Menschenrechtsverletzungen. Sie kommen ausführlich zu Wort.

Im Titel dieses Buches kommt nicht zufällig der Begriff »Welt-politik« vor. Historisch gesehen ist er verknüpft mit dem deutschen Imperialismus, der Kolonialisierung und der Nutzbarmachung, also ökonomischer Ausbeutung fremder Gebiete. Diese Epoche endete in der deutschen Geschichte vorerst mit der militärischen Nieder-

lage des Kaiserreiches im Ersten Weltkrieg 1918. Das Großmachtsstreben der Industrienationen, darunter auch die Bundesrepublik, und die Expansionsgelüste ihres Kapitals existieren aber nach wie vor. Um dies in der heutigen Zeit verstehen zu können, ist es wichtig, Strukturen zu beleuchten. Heutzutage werden in der Regel nicht mehr Länder von den Armeen anderer Staaten angegriffen, erobert und Teile der Bevölkerung dann zur Sklavenarbeit gezwungen. Das Vorgehen ist inzwischen komplizierter und damit schwerer zu durchschauen. Die Unionsparteien haben mit ihren Partnern, wie alle anderen Parteien allerdings auch, internationale Netzwerke aufgebaut. Diese verschaffen ihnen viele Vorteile. Ohne sie ist Weltpolitik nicht denkbar. Besonders deutlich wird das in der Europäischen Union, in deren Institutionen die deutschen Konservativen und Politiker ihrer Europapartei, der Europäischen Volkspartei EVP, seit Jahren wichtige Positionen besetzen. Beginnen wir also mit der Analyse dieser Netzwerke, bevor wir dann genauer Bezug nehmen auf einzelne Parteien und Politiker aus der Ukraine, Bolivien und Bulgarien, die eng mit CDU, CSU und ihren parteinahen Stiftungen verbunden sind.